



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Horst Köhler wiedergewählt

Linksbündnis gescheitert

Am vergangenen Samstag ist bereits im ersten Wahlgang der Versuch der SPD gescheitert, mit einem Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei Horst Köhler abzuwählen! Die Geschlossenheit des bürgerlichen Lagers bei der Bundespräsidentenwahl ist ein gutes Signal für die Bundestagswahl am 27. September: Wir wollen die große Koalition beenden und künftig gemeinsam mit der FDP unter Führung von Angela Merkel eine Regierung bilden!

Die Union aus Baden-Württemberg war neben den 31 Bundestagsabgeordneten der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg auch mit 39 Persönlichkeiten aus dem Südwesten vertreten, die auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion in die Bundesversammlung entsandt wurden. Neben Vertretern der Politik, wie Ministerpräsident Günther Oettinger und seinen beiden Vorgänger Lothar Späth und Erwin Teufel und dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Stefan Mappus, nahmen auch prominente Vertreter der Zivilgesellschaft, wie der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dieter Hundt, die Ex-Boxweltmeisterin Regina Halmich, die Olympiasiegerin im Fechten Esther Weber und der Meisterkoch Harald Wohlfahrt an der Wahl zum Bundespräsidenten teil.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mit ihr die Wahlfrauen und Wahlmänner der Union aus Baden-Württemberg gratulierten Bundespräsident Horst Köhler zu seiner Wiederwahl. Horst Köhler hat sich durch seinen Einsatz höchste Zustimmung in allen Kreisen der Bevölkerung erworben. Immer wieder hat er nachdrücklich auf Probleme aufmerksam gemacht und einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt eingefordert.

Auch international ist er hoch geachtet – nicht zuletzt wegen seines beeindruckenden Engagements für die Menschen in Afrika. Ein solcher Präsident ist ein Glücksfall für unser Land. Gerade in der aktuellen Situation, in der viele Menschen durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise beunruhigt und verunsichert sind, ist es gut, mit Horst Köhler einen Garanten für Stabilität und Verlässlichkeit im obersten Staatsamt zu haben. Die Union hat sich deshalb entschieden für eine zweite Amtszeit von Bundespräsident Köhler ausgesprochen. Dabei wussten sie auch die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auf ihrer Seite. Es wäre gut gewesen, wenn die Vertreter aller demokratischen Parteien an der bewährten Praxis festgehalten hätten, keinen Wahlkampf um das höchste Staatsamt zu veranstalten. Leider hat sich die SPD nicht an diese Tradition gehalten, sondern die Wahl des Bundespräsidenten zum Schauplatz von Machtspielen gemacht, bei denen sie und ihre Kandidatin Gesine Schwan auch ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Linkspartei nicht gescheut hat.

Dabei ist Gesine Schwan insbesondere mit ihren Äußerungen zum Charakter der DDR wohl auch vielen Wahlmännern und –frauen von Bündnis90/Die Grünen zu weit gegangen, mit denen sie um Unterstützung bei der Linkspartei warb. Für uns ist es eine historische Wahrheit, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, der die Freiheit seiner Bürger brutal unterdrückte!

Scheinbar gibt es aber in der SPD immer mehr Kräfte, die dies relativieren wollen. Deshalb müssen wir umso stärker dafür kämpfen, dass am 27. September ein Linksbündnis verhindert wird und wir eine bürgerliche Regierung bilden können.

Zitat der Woche

«Wir haben das im ersten Wahlgang geschafft. Wir freuen uns sehr darüber. Wir halten ihn für den Präsidenten, den Deutschland in dieser Situation braucht.» (Angela Merkel unmittelbar nach der Wiederwahl Horst Köhlers zum Bundespräsidenten)

Für eine starke Stimme in Europa

In einem am Montag dieser Woche verabschiedeten gemeinsamen Manifest rufen CDU und CSU dazu auf, bei der Europawahl am 7. Juni 2009 christdemokratische Europapolitik zu stärken: für ein Europa mit größerem internationalem Gewicht, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, für eine stabile Währung und für Sicherheit in Europa. Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahren an Gewicht gewonnen, darum geht es bei dieser Wahl um eine grundsätzliche Weichenstellung. In der kommenden Legislaturperiode muss in der EU eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung und für weniger Bürokratie verfolgt werden. Dabei sollen in Brüssel nur die Entscheidungen getroffen werden, die einer europäischen Regelung bedürfen. Nicht die großen europäischen Projekte werden die Europapolitik der nächsten Jahre prägen, sondern eine angemessene Aufteilung von Aufgaben und Kompetenzen. Für die Europäische Kommission muss gelten: gründliche Rechtsumsetzung vor neuen Initiativen. In der Außenpolitik muss Europa mit einer Stimme sprechen, auch um die soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa haben, international zu verankern. Für die Erweiterungspolitik gilt: „Europa braucht Grenzen“. Deshalb treten wir für eine Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei ein. Diese ist für beide Seiten die bessere Lösung.

Bürgerentlastungsgesetz verabschiedet

Mit dem Bürgerentlastungsgesetz werden nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ab 2010 erstmals die Aufwendungen für eine Basiskranken- und Pflegeversicherung steuerlich vollständig als Sonderausgabe abziehbar. Dies gilt gleichermaßen für gesetzlich wie privat Kranken- und Pflegeversicherte. Darüber hinaus können privat Krankenversicherte nun auch die eigenständigen Beiträge für ihre Kinder ebenfalls steuerlich voll geltend machen. Die mit dieser Neuregelung verbundene Steuerentlastung beträgt 9,5 Mrd. Euro und ist die größte Entlastungsmaßnahme in dieser Wahlperiode. Für die Union war es wichtig, dass diese Entlastung auch wirklich bei den Bürgern ankommt und nicht an

anderer Stelle durch Steuererhöhungen gegenfinanziert wird.

Zusätzlich wurden auch weitere Erleichterungen für Unternehmen beschlossen, um die Folgen der Krise abzufedern und eine Brücke in die Zeit eines neuen Aufschwungs zu bauen. Dabei ist es uns gelungen, eine gerade für kleinere Unternehmen sehr wichtige Verbesserung bei der Umsatzsteuer durchzusetzen: Die Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung wird ab 1. Juli 2009 bis Ende 2011 bundesweit von 250.000 auf 500.000 € angehoben. Dies bedeutet, dass die betroffenen Unternehmen die Umsatzsteuer erst dann an das Finanzamt abführen müssen, wenn der Kunde die Rechnung bezahlt hat. Normalerweise fällt die Steuer schon beim Ausstellen der Rechnung an. Diese Neuerung stärkt die Liquidität gerade von kleinen und mittleren Unternehmen und entlastet sie zunächst um 1,95 Mrd. €. Für den Steuerzahler ist dies aber keine dauerhafte Belastung, weil die Abführung der Umsatzsteuer nur zeitlich nach hinten verschoben wird.

Agrardieselsteuer endlich gesenkt

Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft auch unsere Land- und Forstwirte hart. Wichtige Absatzmärkte sind ihnen weggebrochen und wir müssen ihnen daher helfen, wo wir dies können. Um die deutsche Landwirtschaft international wettbewerbsfähig zu halten, forderte die Union seit langem, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe wieder von dem reduzierten Mineralölsteuersatz auf Agrardiesel von 25,56 Cent pro Liter profitieren. Dem hat die SPD nun zugestimmt. Der „Selbstbehalt“ von 350 Euro je Betrieb bei der Rückvergütung der Mineralölsteuer entfällt auf zwei Jahre befristet, ebenso die Deckelung von maximal 10.000 Litern je Betrieb. Wir werden die Land- und Forstwirte dadurch mit etwa 285 Millionen Euro im Jahr entlasten. Diese Regelung soll schon für das Jahr 2009 gelten. Es ist bedauerlich, dass sich unser Koalitionspartner erst nach den massiven Protesten der Bauern in den letzten Tagen dazu durchringen konnte, der Steuersenkung zuzustimmen. Dadurch ist bei den Bauern viel Vertrauen in die Politik verlorengegangen.